

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 10 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 16. Januar 1926

Nummer 4

Bekanntmachung

Verbandsstag 1926

Der 13. ordentliche Verbandstag unsres Verbandes findet vom 20. bis 26. Juni 1926 im „Gewerkschaftshaus“ zu Berlin statt.

Nach § 18 des Verbandsstatuts haben Gau-, Mitgliedschaften und der Verbandsvorstand das Recht, Anträge zum Verbandstage zu stellen. Anträge einzelner Mitglieder sind nicht zugelassen, einzelführende Mitglieder müssen deshalb beabsichtigte Anträge der nächsten Mitgliedschaft oder dem zuständigen Gau zur eventuellen Unterstützung überweisen.

Nach § 17 des Statuts muß die Veröffentlichung der auf dem Verbandstage zu behandelnden Anträge mindestens acht Wochen vorher erfolgen; demgemäß müssen die für den Verbandstag bestimmten Anträge bis spätestens

8. April 1926

beim Verbandsvorstand eingereicht werden. Später einlaufende Anträge können keine Berücksichtigung finden.

Berlin, den 21. Dezember 1925.

Der Verbandsvorstand

Stimmungen und Wünsche der Prinzipale

I.

Denkt man zurück an die Glendjahre der Inflation und an die vielen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Gehilfenschaft und der Prinzipale über allgemein tarifliche und lohnpolitische Fragen im Zusammenhang mit den damaligen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen im Buchdruckgewerbe wie in der Gesamtwirtschaft, so kann heute festgestellt werden, daß die meisten Urteile der Prinzipalvertreter über die kommende Gestaltung der Dinge sich fast in jeder Beziehung als große Irrtümer erwiesen haben. Gut an die Duzend Male wurde z. B. von den Prinzipalvertretern der völlige Untergang der deutschen Wirtschaft und nicht zuletzt des Buchdruckgewerbes in den damaligen Lohn- und Tarifverhandlungen an die Wand gemalt. Und der Ende 1924 verstorbenen Vorsitzende des Deutschen Buchdrucker-Vereins, Herr Hans Feenemann, hatte ein besonderes Geschick, in seiner nicht alltäglichen Rednergabe mehr als einmal von dem berühmten letzten Sargnagel zu sprechen, der bei jeder Lohnveränderung in den Schrein alles Irdischen des Gewerbes von den Gehilfenvertretern gehämmert werde. Alles ist anders gekommen!

Die Inflation hat durch die Stabilisierung der Mark ihr längstverdientes Ende gefunden. Das auf Prinzipalseite damals als in den letzten Zügen dahinsiechendes Buchdruckgewerbe hat inzwischen eine Periode geschäftlichen Aufschwungs erlebt, wie noch nie zuvor. Die immer wieder geäußerte Ansicht der Organisationsvertreter der Gehilfenschaft, daß die prinzipalsseitigen Schwarzmalereien für die Zukunft keine Berechtigung haben, hat sich für die zwei letzten Jahre als durchaus berechtigt erwiesen.

Wenn auch zuzugeben ist, daß die gegenwärtige Erstarrung der finanziellen Beweglichkeit in Unternehmertreuen auch für das Buchdruck- und Zeitungsgewerbe zunächst besondere Hemmnisse mit sich brachte, so dürfte doch die wachsende Ausmerzung ungesunder Unternehmungen in der Wirtschaft im allgemeinen auch dieses Übel nur zu einer vorübergehenden Erscheinung machen. Die für die nächste Zukunft unvermeidliche Reduzierung des allgemeinen Preisniveaus, ohne die eine Belebung der Produktion durch

verstärkten Warenabsatz nicht möglich sein wird, dürfte zweifellos auch dem Buchdruckgewerbe wieder eine Vermehrung der benötigten Betriebskapitalien bringen. Ein Anlaß zu erneuten Besorgnissen bezüglich der Gestaltung der zukünftigen gewerblichen Verhältnisse liegt demnach auch gegenwärtig für die Angehörigen des Buchdruckgewerbes nicht vor. Diese Beurteilung der Dinge kann selbst dadurch nicht beeinträchtigt werden, daß insbesondere auf Prinzipalseite neuerdings wieder stark in Schwarzmalerei für die Zukunft gearbeitet wird. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um Beklemmungen, die einer mangelhaften Anpassungsfähigkeit sozialer und wirtschaftlicher Art entspringen, ferner einer, wenn auch offen noch nicht zugegebenen Erkenntnis, daß der eiserne Gang zwangsläufiger Entwicklung im Wirtschaftskreis dem heutigen Unternehmertum bezüglich Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in Zukunft den früheren Spielraum nicht mehr bringen, sondern trotz aller Gegenmaßnahmen von Unternehmenseite noch mehr verengern wird als bisher.

In dieser Richtung geben eine ganze Reihe von Rück- und Ausblicken in den beiden ersten Nummern des Prinzipalsorgans im neuen Jahre sehr interessante und beachtenswerte Aufschlüsse über Stimmungen und Hoffnungen in Prinzipalstufen des deutschen Buchdruckgewerbes. Da es sich dabei um Ansichten von Männern handelt, die im Organisationsleben des Deutschen Buchdrucker-Vereins zum größten Teil in besonderer Weise hervortreten, teilweise sogar als die sogenannten Taktiker auf tariflichem Gebiete in Frage kommen, so entbehren diese Urteile über Vergangenes und Zukünftiges auch für die Gehilfenschaft nicht eines gewissen Wertes, den herauszufinden und mit den erforderlichen Marginalien zu versehen, wir als unsre Pflicht im Interesse der Kollegschaft betrachten.

Als erster der führenden Männer im Deutschen Buchdrucker-Verein nahm in Nr. 1 der „Zeitschrift“ vom 1. Januar 1926 der Vorsitzende des DBV, Herr Zickfeldt (Osterwieck) das Wort zu einem Rückblick. Nach seiner Ansicht sind „Meister und Gesellen“ mit dem Verlauf und Abschluß des Jahres 1925 nicht zufrieden. Die ersteren deshalb nicht, weil ihnen trotz angestrengtester Arbeit in den Betrieben zum allergrößten Teil kein Überschuß verblieben sein soll, der die Instandhaltung und Vervollkommnung der Betriebs-einrichtungen, geschweige denn die Bildung einer Kapitalreserve für Zeiten der Not gestattet hätte. Die Unzufriedenheit der „Gesellen“ mit Verlauf und Abschluß des vergangenen Jahres führt Herr Zickfeldt darauf zurück, daß „sie in ihren Haushaltungen nicht nach Wunsch vorangekommen sind, trotzdem sie in die Zahl der höchstbezahlten Arbeitnehmergruppen längst wieder eingerückt sind.“ Das letztere trifft zwar nur bis zu einem gewissen Grade zu, gibt aber trotzdem der „Höchstbezahlung“ keinen höheren Wert als ihr nach der immer noch um mehr als ein Drittel rückständigen Kaufkraft des Geldes in Wirklichkeit zukommt. Wenn daher seit Stabilisierung der Mark auf dem Lohngebiete beachtenswerte Fortschritte auch in unserm Gewerbe zu verzeichnen sind, so stellen diese, soweit der Tariflohn in Frage kommt, doch nur eine sehr bescheidene Parallele zu den Kosten der Lebenshaltung dar. Die prinzipalsseitigen Versuche zum Abbau der überhöhten Löhne lassen diese Schattenseite noch deutlicher hervortreten, weshalb auch der Widerstand der von diesem Abbau bedrohten Gehilfentreise nicht nur verständlich, sondern vollaus berechtigt ist und zweifellos auch zu einem Rückgang der Arbeitsleistung führen muß, wenn diese Abwehr nicht den erforderlichen Erfolg haben sollte. Was nun die Feststellung des Herrn Zickfeldt anbelangt, daß den Prinzipalen zum aller-

größten Teil kein Überschuß zur Instandhaltung und Vervollkommnung der Betriebs-einrichtungen oder für Kapitalreserven verblieben sei, so dürfte nach unsrer Beobachtung keines der vergangenen Jahre so ergiebig für die Buchdruckerbesitzer und Zeitungsverleger gewesen sein, wie das Jahr 1925. Für jeden Betrieb sind erhebliche Neuanfassungen an Betriebs-einrichtungen, Schulden tilgungen usw. vorgenommen worden; in vielen Fällen nahmen die Betriebs-erneuerungen oder -erweiterungen an Schriften, Maschinen, Gebäuden usw. einen Umfang an, der in der Vorkriegszeit nur auf mehrere Jahre verteilt möglich war. Die in der Inflationszeit als zweckmäßig erkannte Flucht in Sachwerte ist auch in Unternehmertreuen des deutschen Buchdruckgewerbes im vergangenen Jahre der Strumpf gewesen, in den die Überschüsse des guten Geschäftsganges gestopft wurden. Dabei sind wir der Ansicht, daß man trotzdem von Überschüssen nicht in der Form reden sollte, wie es Herr Zickfeldt getan hat. Denn die Erträge aus der Produktion, die als Ertrag für den Verschleiß oder die Erneuerung der Produktionsmittel erforderlich sind, können nicht als Überschüsse bezeichnet werden. Diese Beträge, die einen bestimmten Bestandteil der Verkaufspreise ausmachen müssen, sind nur eine in Geld zum Ausdruck kommende Erhaltung der durch den Produktionsprozeß abgenutzten Produktionsmittel, deren Wiederbeschaffung oder Erhaltung als gebrauchsfähig und mit der Entwicklung der Technik Schritt haltend ebenso nötig ist, wie die Erhaltung bzw. Erneuerung des Betriebskapitals zur Lohn- und Gehaltszahlung für die Personale der Betriebe, wozu wir auch den Besizer der Betriebe rechnen, sofern er nicht nur als Pächter der Zinsen des in den Betrieben festgelegten Kapitals in Betracht kommt; d. h. soweit er noch persönlich im Produktionsprozeß an dieser oder jener Stelle mitwirkt und nicht den ganzen Betrieb der Leitung durch Faktoren oder Direktoren überlassen hat. Wo letzteres zutrifft, kann nur von einer Entschädigung durch die Zinsen aus dem im Betriebe investierten Kapital die Rede sein. In den meisten Fällen ist es im Buchdruckgewerbe so, daß der Prinzipal nicht nur eine das tarifliche Minimum um etliche Notenlängen überschneidende Vergütung für seine persönliche Mitwirkung im Produktionsprozeß als ebenso selbstverständlich hält wie die zeitgemäße, d. h. höchste Vergütung der im Betriebe festgelegten Kapitalien. Zieht man in Betracht, daß gerade im Buchdruckgewerbe der sogenannte Eigenbesitz der Buchdruckerbesitzer noch außerordentlich groß ist, mit fremden Kapitalien noch lange nicht so stark gearbeitet wird, wie in anderen Industrien oder Gewerben, so kann z. B. die im weiteren Verlauf der hier der Betrachtung unterliegenden Ausführungen des Herrn Zickfeldt zum Ausdruck kommende Klage über eine betrübliche Bilanz des Jahres 1925 für die Prinzipale nur dann verständlich sein, wenn man die Bestandteile dieser Bilanz bezüglich der Instandhaltung und Vervollkommnung der Betriebs-einrichtungen wie auch der Vergütung der investierten (zum großen Teile nur noch im Buche stehenden, in Wirklichkeit aber längst amortisierten) Kapitalien weit höher in Ansatz gebracht hat als früher. Daß außerdem noch eine stärkere Steuerbelastung als früher in Betracht kommt, ist wohl zu beachten; aber solange z. B. die „Zeitschrift“ so gut wie die gesamte Unternehmensepresse es verneinen, in dieser Frage klare und für die Öffentlichkeit leicht nachprüfbare Vergleichsangaben aus der Vorkriegszeit und der Gegenwart zu veröffentlichen, wird man gut tun, auch diesen Punkt als stark verdächtig zu bezeichnen; ganz abgesehen davon, daß die bisherige und heutige Steuerpolitik des Reiches nur mit Hilfe derjenigen politischen Parteien möglich war und ist, die dem Unternehmertum viel näher stehen als der

Arbeitskraft. Aber auch sonst wäre bei dieser Gelegenheit noch zu sagen, daß alle Rentabilitätsberechnungen von Unternehmenseite auch in unserm Gewerbe solange als sehr fragwürdig zu beurteilen sind, als es so auffallend ängstlich vermieden wird, der Öffentlichkeit und am allerwenigsten der Arbeiterkraft einen tieferen Einblick mit der Möglichkeit einer objektiven Nachprüfung zu gewähren. Wäre dies nicht der Fall, dann hätte Herr Zickfeldt sicher weit weniger Anlaß gehabt, darüber zu klagen, daß langfristige Kredite an die Auftraggeber des Gewerbes und eine stärkere Aufnahme von Darlehen zu unerhöht hohen Zinssätzen erforderlich waren. Auch scheint uns die vom Vorsitzenden des Deutschen Buchdrucker-Vereins besonders lebhaft beklagte Lockerung des kollegialen Zusammenhalts in Prinzipalstreifen, die sich in besonders fühlbarer Weise auf dem Gebiete des Preistarifs gezeigt haben soll, weit weniger auf mangelhafte Kollegialitätsbegriffe in Prinzipalstreifen als auf die vorstehend schon angeandete „Elastizität“ der praktischen (nicht theoretischen) Möglichkeiten der Preisberechnung zurückzuführen zu sein. Wenn daher, wie Herr Zickfeldt behauptet, Preise berechnet wurden, die nur einen geringen oder gar keinen Nutzen ließen, so dürfte auch dies nicht so tragisch zu nehmen sein. Die Hauptsache ist, daß bei all diesen Preisberechnungen die tatsächlichen Gestehungskosten gedeckt wurden; darunter verstehen wir jene Gestehungskosten, die dazu beigetragen haben, daß die Betriebseinrichtungen in wesentlichem Umfange instand gehalten und erneuert werden konnten, daß keine oder verhältnismäßig nur wenig Kursurte im Buchdruckgewerbe zu verzeichnen waren, also der „Bestand“ gut gewahrt wurde. Wir vermögen uns auch nicht vorzustellen, daß dort, wo Darlehen zu unerhöht hohen Zinssätzen erforderlich waren, diese nicht in die Gestehungskosten eingerechnet werden; wir wissen sogar, daß die hohen Zinssätze als Berechnungsgrundlage selbst in vielen Fällen, wo solche Zinssätze überhaupt nicht zu zahlen sind, kaufmännisch mit ein kalkuliert werden und dann ohne Kürzung des „Nutzens“ zu erheblichen „privaten“ Preisnachlässen dienen!

Drei kurze aber doch sehr charakteristische Abschnitte seines Rückblicks widmet Herr Zickfeldt dem „Korrespondent“. Das freut uns, weil uns dadurch direkt Gelegenheit, ja Veranlassung gegeben wurde, den vom Vorsitzenden des DBV. vertretenen volkswirtschaftlichen Begriffen jene der Gewerkschaft gegenüberzustellen. Insbesondere unsere schon mehrfach vertretene Ansicht, daß die Störung des Warenabflusses und die Not an Betriebskapital auf die gänzlich ungenügenden Einkommensverhältnisse der großen Masse des deutschen Volkes zurückzuführen sei, und daß dieser Zustand seine Ursache in erster Linie in den Gesamtmängeln der privatkapitalistischen Wirtschaftsführung, ihrer äußerst kurzfristigen und kulturell gefährlichen Lohn- und Preispolitik des deutschen Unternehmertums habe, hat es dem Herrn Zickfeldt angetan. Er verweist darauf, daß „führende Wirtschaftler“ auf dem Standpunkte stehen, „daß es gefährlich sein würde, die Befriedigung sozialer Wünsche für dringlicher zu halten als die Sanierung der Wirtschaft. Wenn man sich jene zu lösen getraute, ohne auf die letztere Rücksicht zu nehmen, so sei der Zusammenbruch unvermeidlich. Gerade soziale Fürsorge könne auf die Dauer nur eine gesunde Wirtschaft leisten, deshalb gelte es vor allem andern, erst einmal die Wirtschaft wieder stark und lebensfähig zu machen. Ob das auf dem vom „Korr.“ hin und wieder vorgeschlagenen Wege der Planwirtschaft, also einer allmählichen Sozialisierung und damit einer „planvollen“ Zusammenlegung der Betriebe im deutschen Druckgewerbe möglich sein würde, darüber braucht man wohl kaum ein Wort zu verlieren!“ Also Herr Zickfeldt in seiner Sorge über das, was ist und was kommen könnte.

Soweit Herr Zickfeldt den „Korr.“ zitiert, haben wir dem vorläufig nichts hinzuzufügen. Unser Urteil über die Ursachen der heutigen sozialen und wirtschaftlichen Zustände wie auch über die Notwendigkeit und Möglichkeiten einer gründlichen Umgestaltung der heutigen Wirtschaftsordnung bedarf keiner Korrektur. Daß „führende Wirtschaftler“ auf dem Standpunkte stehen, daß es gefährlich sein würde, die Befriedigung sozialer Wünsche für dringlicher zu halten als die Sanierung der Wirtschaft, kann höchstens zu der Frage Anlaß geben, wo sind die Beweise für die Richtigkeit dieser Behauptung? Beweisen die heutigen Zustände in der Wirtschaft nicht gerade das Gegenteil der Richtigkeit dieser Behauptung? Sind nicht durch den geradezu beschämenden Mangel an Verständnis für die sozialen Schattenseiten der bisherigen Wirtschaft in Deutschland bei „führenden Wirtschaftlern“ aus Unter-

nehmertreuen nicht erst alle sozialen Gesetze nötig geworden? Und sind nicht erst durch den ständigen Widerstand führender Kreise im deutschen Unternehmertum gegen jede Verbesserung der sozialen Grundlagen der Wirtschaft erst deren Vermindlungen und Schwierigkeiten entstanden? Es ist der Kardinalfehler fast aller „führenden Wirtschaftler“ in Unternehmertreuen, daß sie sich die Wirtschaft als das wichtigste und die sozialen Verhältnisse nur als Anhängsel oder Belastung derselben vorstellen. Der erste kulturelle Faktor der Wirtschaft ist der Mensch. Eine Wirtschaftsform, die nicht in erster Linie dem Wohle der Menschen dienen soll, kann auch deren Unterstützung nicht finden; sie muß im zeit menschlichen Interesse befaßt und zu einer menschenwürdigeren umgestaltet werden. Und wenn auch der Vorsitzende des Deutschen Buchdrucker-Vereins der Meinung ist, daß über eine Reihe der im „Korr.“ im Laufe der Jahre schon vertretenen Vorschläge zu einer vernünftigen Umgestaltung der heutigen Wirtschaftsordnung auch im Buchdruckgewerbe wohl kaum noch ein Wort zu verlieren sein dürfte, so ist damit höchstens zum Ausdruck gebracht, daß man sich dagegen kräutet und hofft, in bisheriger einseitiger Weise die privatkapitalistische „Verwertung“ der menschlichen Arbeitskraft auf dem Preis- und Lohngebiete auch fernerhin noch betreiben zu können. Zwar scheint es dem Vorsitzenden des DBV. bei diesem Gedanken doch nicht ganz wohl zu sein; denn in seinen weiteren Ausführungen, die einem Ausblick auf das Jahr 1926 gewidmet sind, gibt er offen der Sorge Ausdruck, daß das, was vom „Korr.“ befürwortet wird, in anderer Form z w a n g s l ä u f i g herbeigeführt werden könnte. Die Zunahme der Konturte, Geschäftsaussichten, Betriebsstilllegungen und der Erwerbslosenzahl bezeichnet er als Sturmzeichen, „die eine erschreckend deutliche Sprache von der Kreditkrise und Kapitalnot in Deutschland führen und zeigen, daß die Auspowderung der deutschen Wirtschaft durch ein unnünftiges Steuerystem in absehbarer Zeit so weit gediehen sein wird, daß der Finanzdiktator in der Person des Generalagenten der Reparationskommission darüber letzten Endes zu bestimmen haben wird, welche Betriebe in Deutschland noch Kredit erhalten und damit lebensfähig bleiben sollen.“ Herr Zickfeldt fühlt also schon die Hand der „kalten“ Sozialisierung, erkennt aber nicht, daß diese „Gefahr“ nur das Produkt der sozialen Abstinenz, „führender Wirtschaftler“ in Unternehmertreuen ist; die neben der Finanzierung „vaterländischer“ Säbelrasierer, Fremdmörder und sonstiger „Führer“ von arbeitsscheuen Elementen an politischen und theoretischen Freuehrungen der „Wirtschaft“ mehr leisten als sie jemals weder diesseits noch jenseits verantworten können. Da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß diese unternehmerseitige Beurteilung sozialer und wirtschaftlicher Fragen leider keine freiwillige, sondern zwangsläufige Umwandlung der heutigen Wirtschaftsform zulassen wird, erübrigt sich zunächst ein weiteres Eingehen auf diese Frage in diesem Zusammenhang. Es wird sich dazu noch genügend Gelegenheit im Laufe der Zeit bieten. Nur soviel sei noch gesagt, daß auch der Vorsitzende des Deutschen Buchdrucker-Vereins die Pflicht hätte, nicht nur die Verhältnisse zu kritisieren, sondern auch einen andern Weg zu zeigen, der zu einer besseren Lösung der heutigen Zeit- und Streitfragen führen könnte. Mit der von ihm zum Schlusse seiner Darlegungen geäußerten Bewunderung darüber, daß gegenüber solchen Ansichten und in einer derartigen Zeit von der Arbeiterschaft des Gewerbes der Lohnstarif gekündigt und eine Lohn-erhöhung von 12% Proz. gefordert wurde, kann doch nur angedeutet sein, daß sich auch Herr Zickfeldt die von ihm als erstes Erfordernis bezeichnete Sanierung der Wirtschaft in der Hauptsache nur auf Kosten der Arbeiterschaft vorstellen kann. Um so deutlicher tritt dieses soziale Defizit dadurch hervor, indem er darauf hinweist, daß die Verlängerung des bestehenden Tariflohnes angeht die dringenden Rufe in Unternehmertreuen auf Abbau der Löhne und namentlich der Leistungszulagen kaum als „Sieg“ empfunden werden könne. Daß für eine solche Sanierung der Wirtschaft in Arbeitertreuen kein Verständnis erwachsen kann, daß sich im Gegenteil daraus für die Arbeiterschaft die verstärkte Erkenntnis ergeben muß, daß sich das heutige Unternehmertum weit mehr als bisher nur auf Menge und Qualität der Leistungen der Arbeiterschaft stützen kann, und daß alle andern kapitalistischen Spekulationen infolge ihrer Verallgemeinerung auf internationaler Grundlage sich ebenfalls ihrer natürlichen Peripherie nähern, das ist zunächst für die Gewerkschaft zwar immer noch kein greifbarer Nutzen, für das Unternehmertum im Buchdruckgewerbe bei weiterer Verschärfung dieser

Verhältnisse in Zukunft aber ein Wegweiser dafür, daß sie umlernen müssen, wenn die Sanierung der Wirtschaft nicht eine ganz andre werden soll, als sie sich jetzt noch vorzustellen scheinen. Zieht man noch die weiteren Stimmen aus Prinzipalstreifen in der „Zeitschrift“ zur Beurteilung der zukünftigen Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Fragen heran, was in weiteren Fortsetzungen an dieser Stelle geschehen soll, dann wird man erkennen, daß, so gefährdend auch die derzeitigen Verhältnisse erscheinen, unter ihrer Decke doch ganz andre, wenn auch mehr oder weniger zwangsläufige Anzeichen einer lichtvolleren Gestaltung der Zukunft auch für die Arbeiterschaft verborgen sind. Daß keiner der in Frage kommenden Führer der Prinzipale diese Zeichen der Zeit sehen will, entspricht ihrer Kleingeistigkeit, rein geschäftlichen Beurteilung der Dinge. Ihr gegenüber steht die Arbeiterbewegung trogalleben auf einem höheren kulturellen Fundament, auf dem der Grundsatz ruht, daß die Wirtschaft nur um der Menschen willen und die Menschen nicht um der Wirtschaft willen da sind. Die Wirtschaft ist nur Mittel zum Leben der Menschen und ihr höchster Zweck ist der Mensch selbst!

Sozialpolitik und bürgerliches Recht

Der neue Steuerabzug vom Arbeitslohn

Dem unermüdlichen Drängen untrer parlamentarischen Vertreter ist es gelungen, weitere Steuerermäßigungen durchzusetzen. Die Luther-Regierung ließ sich herbei, das steuerfreie Einkommen auf 1200 M. jährlich (bisher 960 M.) heraufzusetzen und stimmte auch einer Verbesserung bei den Familienermäßigungen vom vierten Kinde an zu. Manche Ungerechtigkeit, die sich durch die letzte Regelung des Steuerabzugs eingeschlichen hatte, wurde dadurch beseitigt. Eine weitere Senkung der Lohnsteuer hielt das Finanzministerium für unmöglich. In einer Denkschrift, die dem Reichstag zugeht, versuchte es dies dadurch zu begründen, daß das Jahr 1925 mit einem Defizit von 110 Millionen enden wird. In einer Untersuchung der Begründung kommt die „Gewerkschaftszeitung“ zu dem Ergebnis, daß die Auffassung des Finanzministeriums allzu pessimistisch ist und die ausgeführten Einnahmeposten unterschätzt werden. Es sei vielmehr statt eines Defizits von 110 Millionen ein Überschuf in derselben Höhe wahrscheinlich. Aus diesem Grunde erscheine die von der Sozialdemokratie im Reichstag geforderte stärkere Berücksichtigung des Steuerzahlers bei der Lohnsteuer durchaus durchführbar. Die Denkschrift gibt dann noch eine kurze Übersicht über den Etat 1926. Auch hier herrscht übertriebener Pessimismus, sagt die „Gewerkschaftszeitung“. Die Steuereinnahmen in der Vermögens-, Einkommens- und Körperschaftsteuer werden u. a. um etwa 350 Millionen unterschätzt. Weiter sind in dem Etat nicht eingestellt die Nettoeinnahmen aus der Münzprägung (etwa 250 Millionen), die zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben herangezogen werden können und nicht mehr wie bisher zur Auffüllung der Betriebsmittel der Reichsstafte dienen müssen. Schließlich erscheint (auch bei Berücksichtigung der Reichsverpflichtungen aus der Anleiheaufwertung) der Schuldendienst um beinahe 100 Millionen zu hoch bemessen, und man darf wohl auch hoffen, daß das Parlament die ungewöhnliche Steigerung der Ausgaben des Reichsministeriums (um beinahe 100 Millionen) nicht zulassen wird. Die Untersuchung kommt zu dem Schluß, daß insgesamt etwa 4 Milliarden Überschuf für das neue Etatsjahr zu erwarten sind, von denen hoffentlich 650 Millionen der Reichskasse verbleiben. Die Mittel reichen durchs aus, um eine weitere Entlastung der überspanntesten Steuern, des Lohnabzugs und der Umsatzsteuer, vorzunehmen.

Die vom Reichstag am 16. Dezember 1925 beschlossene Herabsetzung der Lohnsteuer findet erstmalig Anwendung auf den Arbeitslohn, der für eine nach dem 31. Dezember 1925 erfolgte Dienstleistung gewährt wird. Fällt der Lohnzahlungszeitraum zum Teil in die Zeit vor dem 1. Januar 1926, zum Teil in die Zeit nach dem 31. Dezember 1925, so sind für den ganzen Lohnzahlungszeitraum die höheren steuerfreien Beträge anzunehmen.

Vom Arbeitslohn bleiben nunmehr im einzelnen vom Steuerabzug frei:

- a) 720 M. jährlich, 60 M. monatlich 14,40 M. wöchent-
- lich, als steuerfreier Lohnbetrag im engeren Sinne;
- b) 240 M. jährlich, 20 M. monatlich, 4,80 M. wöchent-
- lich als Pauschbetrag für Werbungskosten (notwendige Ausgaben durch Fahrten zwischen Wohnung und Arbeits-
- stätte, Aufwendungen für Werkzeuge und Berufskleidung);
- c) 240 M. jährlich, 20 M. monatlich, 4,80 M. wöchent-
- lich als Pauschbetrag für Sonderleistungen (Beiträge zur Sozialversicherung, Witwen-, Waisen-, Pensions- und Sterbefällen, Lebensversicherung, Ausgaben für die Fort-
- bildung im Beruf, Kirchensteuern, Beiträge zu den öffent-
- lich-rechtlichen Berufs- und Gewerkschaftsvertretungen ufm.).

Außer diesen Beträgen bleiben für die zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Ehefrau und für jedes zu seiner Haushaltung zählende minderjährige Kind, wenn sie auf der Steuerkarte vermerkt sind, je 10 Proz. des Bruttoarbeitslohns frei, der über die oben bezeichneten steuerfreien Lohnbeträge hinausgeht.

- Es bleiben jedoch vom Steuerabzug frei:
- 1. für die Ehefrau 120 Rm. jährlich, 10 Rm. monatlich, 2,40 Rm. wöchentlich;
- 2. für das erste Kind 120 Rm. jährlich, 10 Rm. monatlich, 2,40 Rm. wöchentlich;
- 3. für das zweite Kind 240 Rm. jährlich, 20 Rm. monatlich, 4,80 Rm. wöchentlich;
- 4. für das dritte Kind 480 Rm. jährlich, 40 Rm. monatlich, 9,60 Rm. wöchentlich;
- 5. für das vierte Kind 720 Rm. jährlich, 60 Rm. monatlich, 14,40 Rm. wöchentlich;
- 6. für das fünfte und jedes weitere Kind je 960 Rm. jährlich, 80 Rm. monatlich, 19,20 Rm. wöchentlich, wenn der nach Ziffer 1—6 insgesamt steuerfrei bleibende Betrag höher ist als der sich nach der Prozentberechnung ergebende Betrag.

Ob im einzelnen Falle das eine oder andre System anzuwenden ist, richtet sich danach, welches System in seiner Gesamtheit für den Arbeitnehmer günstiger wirkt. Es ist also nicht zulässig, für einzelne Familienangehörige das System der prozentualen Ermäßigungen, für die übrigen Familienangehörigen das System der festen Abzüge anzuwenden.

Das System der festen Abzüge wirkt günstiger bei niedrigerem Lohn Einkommen; das System der prozentualen Ermäßigungen wirkt günstiger bei höheren Lohn Einkommen. Es ergeben sich je nach dem Familienstand bestimmte Schnittpunkte. Für Lohn Einkommen, welche die in der nachstehenden Tabelle bezeichneten Schnittpunkte nicht übersteigen, ist das System der festen Abzüge, für Lohn Einkommen, die über diesen Schnittpunkten liegen, ist das System der prozentualen Ermäßigungen anzulegen.

Familienstand	Verheirateter Arbeitnehmer Arbeitslohn		Verwitweter Arbeitnehmer Arbeitslohn	
	monatlich R.-M.	wöchentlich R.-M.	monatlich R.-M.	wöchentlich R.-M.
Ehefrau	200,49	48,89	—	—
1 Kind	200,49	48,89	200,49	48,89
2 Kinder	234,49	56,09	250,49	60,19
3	300,49	72,19	333,49	80,29
4	380,49	91,59	423,49	102,19
5	466,99	112,29	520,49	124,89
6	528,99	126,99	583,49	140,09
7	575,49	138,19	628,99	151,29
8	611,49	146,89	662,99	159,49
9	—	—	688,99	165,09
10	—	—	—	—

Von dem nach Abzug aller steuerfreien Beträge verbleibenden Arbeitslohn werden dann 10 Proz. als Steuer vom Arbeitgeber einbehalten.

In übrigen verweisen wir auf den in Nr. 75 von 1925 des „Korr.“ erschienenen ausführlichen Artikel „Einkommensteuer-Steuerabzug vom Arbeitslohn“.

Korrespondenzen

Berlin. (Generalversammlung am 10. Dezember.) Die elf Punkte umfassende Tagesordnung (Wahl des Vorstandes, der Bezirksleiter, der verschiedenen Kommissionen usw.) fand eine schnelle Erledigung, und die Generalversammlung nahm einen äußerst ruhigen Verlauf. Das Resultat der vorher abgehaltenen elf Bezirksversammlungen, in denen die Delegierten und die Bezirksleiter für das Jahr 1926 zu wählen waren, wobei der Münsterdamer Richtung sämtliche 438 Mandate und auch die Bezirksleitungen zufielen, bildeten der Versammlung ihren Stempel auf. Kollege Braun erstattete zunächst den Bericht. Er konnte das Jahr 1925 als ein Jahr des Aufstiegs und des Erfolges buchen, was in den letztangewonnenen drei Statistiken über den Lohn, die Arbeitszeit und die Organisationszugehörigkeit ziffermäßig zum Ausdruck kam. Von der Statistik wurden ziemlich alle Betriebe erfasst. Der Lohn hat infolge sehr guten Geschäftsganges eine wesentlich über dem Tarif stehende Erhöhung erfahren, in den meisten Betrieben ist wieder der Achtstundentag eingeführt und auch die Organisation steht in ihrem Funktionärkörper gefestigt da, ebenso sind die durch die Zerpfützung und die Zerstückelung der Opposition herbeigeführten Schäden wieder ausgeglichen. Die Vernunft und die Disziplin der Kollegenchaft hat den Aufbau der Organisation gefördert. Auch die Mitgliederzahl ist fortgesetzt im Steigen begriffen. Von der der Statistik erstakten 10 846 Verbandskollegen, wobei die Kranken (499) und die Arbeitslosen (327), die Schriftsetzer sowie eine erhebliche Zahl der in Kleinbetrieben beschäftigten Kollegen usw. nicht einbezogen sind (die Gesamtzahl aller Berliner Verbandsmitglieder beträgt 13 522), stehen 376 Guttenbergbündler und 420 „Wilde“ gegenüber. Alles in allem können wir mit dem organisatorischen Wirken und den erzielten Erfolgen zufrieden sein. (Zusammen.) Kollege Schelleffler konnte in seinem die Zusammenfassung behandelnden Bericht ein gleichfalls erfreuliches Bild entwickeln. Die Organisation nähert sich langsam aber stetig dem Vorkriegszustand. Die Auswirkungen der Inflationszeit sind zum größten Teil überwunden und auch auf dem Unterhaltungsgebiete nähern wir uns den früher gegangenen Sätzen. Nur dem Restantwesen hätten die Druckereifaktoren und Vertrauensleute, obgleich eine Besserung zu verzeichnen sei, ein ernstes Augenmerk zu widmen. Die Versammlung nahm auch diesen Bericht zustimmend entgegen. Die hierauf vorgenommenen Wahlen gingen glatt vonstatten. Gewählt wurde Kollege Braun zum ersten, Albert zum zweiten Vorsitzenden, Kollege Schelleffler zum Kassierer; als Schriftführer wurden vier Kollegen gewählt. Die Opposition brachte nur drei Stimmen auf. Teilnehmer der Versammlung waren neben den Delegierten die statutarisch festgesetzten Vertreter der Betriebe. Den Arbeitslosen und Invaliden wurde eine Weihnachts-

unterstützung gewährt, während dem Bildungsverband die Summe von 1500 M. bewilligt wurde. Aber die vor der Opposition gestellten Anträge auf Milderung des Gau-Statuts ging die Generalversammlung zur Tagesordnung über.

Gießen. Am 22. November fand hier unsere gutbesuchte Herbstbezirksversammlung statt. Eine reichhaltige Tagesordnung mit einem Vortrag unfres Gauvorsitzers Repeck (Frankfurt a. M.) war zu erledigen. Vorsitzender Moutarde ließ die erschienenen Kollegen, besonders unsern Gauvorsitzer, willkommen. Er gedachte in herlichen Worten der verstorbenen Kollegen P. Schliebs und Pfaff. Die Versammlung ehrte deren Andenken in üblicher Weise. Sodann gab er in kurzen Zügen den Bericht des letzten Halbjahrs. Hierauf referierte Kollege Repeck über das Thema: „Eindrücke von einer Englandreise“. In einem einstündigen Vortrage führte er uns seine Reise, die er mit 50 Angestellten und Arbeitern aus Frankfurt a. M. zu Studienzwecken nach England machte, vor Augen. Was für uns Buchdrucker wohl von großem Interesse ist, ist die Tatsache, daß die englischen Kollegen gegenüber den deutschen in puncto Lohn und Arbeitszeit besser gestellt sind. Reicher Beifall war der Lohn für diesen reichhaltigen Vortrag. Anschließend daran nahm der Gauvorsitzer die Ehrengabe der Kollegen Otto Kettel (Gießen) und Heinrich Stein (Bad Nauheim) vor, die 50 Jahre Mitglieder des Verbandes waren. In eindrucksvoller Rede würdigte er die Verdienste der Jubilare und ermahnte die jüngeren Kollegen, sich diese Veteranen der Arbeit als Vorbild zu nehmen. Mit herlichen Glückwünschen überreichte er jedem ein vom Verbandsvorsitz überreichtes Diplom. Auch die Vorsitzenden der Ortsvereine Gießen und Bad Nauheim brachten ihre Glückwünsche dar und überreichten je einen Präsentkorb. Der Gesangverein „Gutenberg“ (Gießen) sang zur Ehrung der Jubilare einen schönen Chor und erzielte reichen Beifall. Den Kassenbericht gab der Bezirkskassierer, und es wurde ihm Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl zeitigte keine wesentliche Veränderung. In den Berichten der einzelnen Ortsvereine wurde über lauen Versammlungsbezug Klage geführt. Die Frühjahrsbezirksversammlung findet in Schotten statt.

Hamburg. In der außerordentlichen Generalversammlung am 8. Dezember wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen M. Hamelster und O. Reimann sowie des Genossen Franz Lauffitzer, dessen Wirken in der Arbeiterbewegung Kollege Kuhnler besonders hervorhob, in üblicher Weise geehrt. Arbeitslos waren 40 Seher, 32 Drucker, 3 Schweizerdegen, 3 Korrektoren und 3 Stereotypisten, zusammen 81 Kollegen. Nach kurzer Ansprache wurde beschlossen, im nächsten Jahresbericht, wie in den Vorkriegsjahren, die Restanten zu veröffentlichen. An Weihnachtsgaben wurden bewilligt: für Arbeitslose, ledig 15 M., verheiratet 25 M., für Kranke, ledig 8 M., verheiratet 10 M., für Invalide 30 M., für Witwen und Kriegserwitwen 20 M., schätzungsweise eine Gesamtsumme von 9000 M. Der Antrag des Vorstandes, ab 1. Januar den Extrabeitrag von 40 Pf. in Fortfall kommen zu lassen, dafür aber neben der Erhöhung des Verbandsbeitrages um 10 Pf. für das „Korr.“ Obligatorium den Gehaltsbeitrag um 10 Pf. zu erhöhen, laß sich ein. Gehaltsbeitrag, von 2,30 M. in Frage kommt, wurde nach längerer Ansprache mit überwiegender Mehrheit angenommen. Reste sind in diesem Falle aber in der alten Höhe (2,50 M.) zu zahlen. Aber die gegenwärtige Wirtschaftskrise hielt sodann Schriftleiter Haubauch einen ausführenden Vortrag. Die amerikanische Vorkriegsstellung trete immer mehr zutage; 61,6 Milliarden Goldmark Guthaben habe Amerika in Europa. Amerika ist als der eigentliche Gewinner des Weltkrieges anzupreisen; ganz Europa, auch die jogenannten Siegerstaaten, sind die Verlierer. Diese Tatsache, im Zusammenhang mit dem Verlust der früheren Absatzmärkte in den Kolonien der europäischen Staaten, führte zum Verlust der früheren wirtschaftlichen Führerschaft. So werde ganz Europa jetzt von einer tiefgreifenden Krise heimgesucht. In Deutschland komme dazu die Vernichtung der Waffenaufkraft durch die Inflation und die Aufblähung des Produktionsapparates durch planlose Anlegung der Inflationsgewinne in Schwermetallen, die jetzt oft wertlos und unbenutzt dastehen. Alle Sanierungsversuche durch Lohndruck, Verlängerung der Arbeitszeit und Mehrproduktion seien fehlschlagen. Die neue, von Schacht herausgegebene Parole sei jetzt: Noch mehr Abbau der sozialen Belastung, vor allem weniger Erwerbslosenfürsorge. Nach der Meinung des Redners könne Hilfe nur bringen: schleuniger Zusammenbruch und planmäßige Regelung der europäischen Wirtschaft. Für Deutschland sei zu fordern: Steigerung der Waffenaufkraft durch Erhöhung der Röhre und Geschäfte, Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge unter Ausschaltung der Gefahr der privaten Verzerrung, kein Wenig Staatszuschuß ohne entsprechenden Staatseinkauf auf die in Frage kommenden Industrien und damit Produktionskontrolle der Öffentlichkeit. In der ausgedehnten Ansprache nahmen zwei Redner kritisch-ablehnd zum Vortrag von Locarno Stellung und reboten dem deutsch-russischen Zusammenbruch das Wort. Ein europäisches Wirtschaftsbindnis werde die kapitalistischen Kräfte stärken, daher sei ein immer engerer Zusammenbruch der Gesamtarbeiterchaft und die Anwendung der so geschaffenen Macht nötig. Ein anderer Redner bestrich, daß die Arbeiterchaft auch diesmal die Kosten werde tragen müssen. Er wies auch auf die geplanten amerikanischen Rüstungen hin, die wohl der Angst vor einem geeinten Europa entspringen. Das Schlusswort gestaltete sich durch viele Zwischenrufe recht lebhaft. Der Redner ging vor allem auf die innere Lage Deutschlands ein und wies die Undurchführbarkeit der Parole: deutsche Maschinen — russisches Getreide, nach. Der einzige Weg sei nach seiner Meinung des europäischen Bindnis. Kollege Martens bestrich zum Schluss über eine Sitzung des Ortsausschusses, in der die Gründung einer gemeinnützigen gewerkschaftlichen Baugenossenschaft beschlossen wurde und in der durch Willenserklärungen zu den vier wichtigsten Problemen: Erwerbslosenunterstützung, Erwerbslosenversicherung, Kaffijierung des Washingtoner Abkommens und Durchführung

des § 165 der Reichsverfassung Stellung genommen wurde. Ein Vorschlag des Vorstandes, von der neuen Baugenossenschaft zwei Anteile zu je 500 M. zu erwerben, fand einstimmige Annahme.

Leipzig. (Korrektoren.) Am 16. November besprach Kollege Willeim Hellwig das vor kurzem im Verlage der Reichsdruckerei erschienene Werk „Alphabete und Schriftzeichen des Morgen- und Abendlandes“. Der Redner betonte vor allem den Wert dieses Buches als Nachschlagewerk für das Korrektorenzimmer. Am 7. Dezember hielt Kollege L. St. Vorsitzender der Technischen Kommission des Vereins der Stereotypisten und Galvanoplastiker Leipzigs, einen Vortrag, betitelt: „Aus der Werkstatt des Stereotypisten“. Seine Ausführungen gaben einen geschichtlichen Abriss, ausgehend von den Anfängen der Stereotypie bis auf den Stand der Technik der Gegenwart; das reichhaltige Anschauungsmaterial war geeignet, die Arbeitsweise des Stereotypisten bis in alle Einzelheiten verständlich zu machen. Der Vortrag befriedigte vollkommen und fand viel Beifall. In beiden Versammlungen lagen Neuanmeldungen vor; doch wurde Klage darüber geführt, daß durch dauernden Ferneren von Berufsforenden in der Spamerischen Buchdruckerei der Arbeitsmarkt in Zeiten klauen Geschäftsganges zugunsten der Faktorkorrektoren beeinflusst werde; auch werde dort noch immer in umfangreicher Weise Heimarbeit geleistet. Dem Vortrag wurde aufgegeben, die besprochenen Körperfragen hierauf aufmerksam zu machen und zu erfragen, auf Grund des Tarifs Schritte zu unternehmen, diese Mängel abzustellen. Nach wie vor bietet der Technische Fragekasten in den Versammlungen Stoff zu regen Gedankenaustausch und erweist sich somit als eine zweckmäßige Einrichtung. Die Bestätigung der Universitätsbibliothek am 22. November war für alle Teilnehmer ein hoher Genuß; zeigte sie doch, welche unermessliche Schätze dieses Institut enthält. Alle Veranstaltungen erfreuten sich eines guten Besuches.

Den Alten zur Ehr', den Jungen zur Lehr'!

50 jährige Verbandsjubiläen
Korrekter Otto Schmidt, geboren in Berlin. Zeitige Kondition: Norddeutsche Buchdruckerei in Berlin.
Drucker Albert Ahlemann aus Leipzig. Zeitige Kondition: Behagen & Klasing in Bielefeld.

Allgemeine Rundschau

Nachahmenswerte Beispiele. Die Firmen Heinrich Höpner und Robert Lambert in Rostock brachten zu Weihnachten Zusendungen von je 30 M. bzw. 10 M. an ihre Personale zur Auszahlung. — Drei Jubilare der Karl Michaelson Hof- und Ratsschuldruckerei in Giltrow i. M. wurden außer andern Anerkennungen namhafte Geschenke von der genannten Firma zuteil. — Auch in diesem Jahre erhielt das Personal der Gothaer Druckerei und Verlags-gesellschaft m. b. H. ein Weihnachtsgeschenk in Höhe von 20 M. — Von der „Gothaer-Neuesten Nachrichten“, die in der Druckerei angefertigt werden, belam jeder Kollege eine Kiste gute Zigarren.

Meisterprüfung. Vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer in Halle bestanden die Kollegen Albert Krönig und Kurt Falta die Meisterprüfung mit sehr gutem Erfolg.

Anspruchsberechnung der Beheringseiler. Von verschiedenen Ortsvereinsvorsitzenden ist der Wunsch geäußert worden, das neue Anspruchsberechnung ist der März- oder Aprilnummer des „Jungbuchdruckers“ zu veröffentlichen, da im Januar und Februar in vielen Ortsvereinen die Jahresversammlungen abgehalten werden, wo auch die Wahlen der Funktionäre erfolgen. Die Hauptstelle kommt diesem Wunsche gern nach und setzt als Endtermin der Ein-sendung den 28. Februar fest. Alle bis dahin eingetreteten Veränderungen können in der neuen Anspruchsberechnung noch berücksichtigt werden.

Zur Arbeitsmarktfrage im Buchdruckgewerbe. Die Arbeitslosen-zählung in unserm Verbands im Monat Dezember erforderte sich auf 200 Zahlstellen, 33 davon mit 5005 Mitgliedern fanden leider keinen Bericht an die Hauptverwaltung ein. Die Gesamtmitgliedszahl betrug 78 000. In Arbeitslosen wurden gezählt 3026 (gegen 1482 im November). Verkürzt arbeiteten 685 Mitglieder (gegen 349 im November), und zwar bis zu acht Stunden 323 Mitglieder, 9—16 Stunden 217 Mitglieder, 17—24 Stunden 125 Mitglieder, 25 und mehr Stunden 20 Mitglieder.

Weiteres Steigen der Arbeitslosenziffer. Die Zahl der unterrichteten Erwerbslosen ist in der Zeit vom 15. Dezember 1925 bis zum 1. Januar 1926 von 1 090 397 auf 1 436 931 gestiegen. Die Zahl der unterrichteten männlichen Erwerbslosen beträgt 1 265 052, die Zahl der weiblichen 160 879. Die Steigerung gegenüber der Zahl vom 15. Dezember 1925 beträgt etwas über 40 Proz. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in obigen Ziffern die bereits ausgefuehrten und die nichtunterrichteten Erwerbslosen nicht einbezogen sind.

Ermäßigung des Reichsbankdiskonts. Der Zentralausschuss der Reichsbank hat den Diskont von 9 auf 8 Proz. und den Lombardfuß von 11 auf 10 Proz. ermäßigt. Außer diesen zur Belegung des Wirtschaftsmarktes bestimmter Maßnahmen wurde beschlossen, zur Stärkung des langfristigen Anlagemarktes neben andern Erleichterungen im Darverföhr die Beleihungsgrenze für Gold- und Reichsbankpandbriefe von 50 Proz. auf 60% Proz. zu erhöhen.

Ist der Tiefstand der Wirtschaftskrise erreicht? Bei der Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise soll man sich hüten, die Dinge noch schwärzer zu malen als sie ohnehin sind. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß der Krise bald eine gesunde Entwicklung im Wirtschaftsleben folgen wird. In der „Deutschen Bergwerkszeitung“ äußerte sich ein ungenannter Großindustrieller in folgender Weise über den Stand der Wirtschaftskrise: „Die Dinge liegen durchaus nicht hoffnungslos. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß der tiefste Punkt der Krisenkurve erreicht ist bzw. in Kürze erreicht wird und im Frühjahr wieder

